

Ihre deutschen Wertpapierfonds lässt die **SEB Asset Management AG**, Frankfurt am Main, künftig von der **Universal-Investment-Gesellschaft mbH**, Frankfurt am Main, administrieren. Das Mandat erreiche ein Volumen von rund neun Milliarden Euro, heißt es von der Kapitalanlagegesellschaft, die primär die Fondsbuchhaltung und das damit verbundene Berichtswesen einschließlich der Anlagegrenzprüfungen für die deutsche Tochter des schwedischen SEB Konzerns übernimmt. Optional können weitere Tätigkeiten übergeben werden, wie beispielsweise das Risikomanagement oder das IFRS-Reporting (siehe auch Kreditwesen 1-2008).

The California Public Employees' Retirement System (Calpers), der größte US-amerikanische Pensionsfonds, kauft 9,9 Prozent an dem US-Finanzinvestor **Silver Lake**. Angaben zum Volumen der Transaktion wurden nicht gemacht. Der Pensionsfonds hält bereits Beteiligungen von zehn Prozent beziehungsweise fünf Prozent an den Private-Equity-Gesellschaften **Apollo** und **Carlyle**.

Der Verbandsrat des **Genossenschaftsverbandes Frankfurt**, Neu-Isenburg, hat das Angebot des **Genossenschaftsverbandes Norddeutschland**, Hannover, begrüßt, Fusionsverhandlungen mit dem Ziel einer zeitnahen Verschmelzung beider Verbände aufzunehmen. Damit ist das Gremium einem entsprechenden Votum des Vorstandsvorstands gefolgt. Bei einem Zusammenschluss würde ein Verband entstehen, der sich über 13 Bundesländer erstreckt, 1 200 Mitarbeiter beschäftigt und 1 800 Genossenschaften betreut.

Einen Bereich „Pension Markets“ hat die **Allianz Global Investors (AGI)**, Frankfurt am Main, gebildet. Die neue Einheit soll als Schnittstelle zwischen Altersvorsorgeangeboten für institutionelle und private Kunden aufgestellt werden. Insgesamt verwaltet die Versicherungstochter nach eigenen Angaben rund 29 Milliarden Euro an Vorsorgegeldern zuzüglich direkt in Publikumsfonds investierter Mittel von etwa 2,3 Milliarden Euro.

Für eine Kaufsumme von rund vier Milliarden US-Dollar in Aktien übernimmt die US-amerikanische Großbank **Bank of America** das größte US-Hypothekeninstitut **Countrywide Financial**. Die Immobilienbank war im Zuge der Subprime-Krise

8. Januar 2008 bis 25. Januar 2008

in Not geraten. Abgeschlossen werden soll die Transaktion im dritten Quartal dieses Jahres, ab 2009 soll Countrywide vor Fusions- und Restrukturierungskosten zum Gewinnziel beitragen. Nach Steuern will die Bank of America bis 2011 Einsparungen von 670 Millionen US-Dollar erzielen.

Die **Landesbank Berlin (LBB)** hat die Sparte Absatzfinanzierung von der **BHW Bank**, Hameln, erworben. Die Transaktion, die zum 2. Januar dieses Jahres wirksam ist, umfasst einen Stamm von 179 000 Kunden mit Privatdarlehen und 125 000 Kreditkarten sowie rund 8 300 aktive Händlerbeziehungen. Das Kreditvolumen wird auf rund 485 Millionen Euro beziffert. Über den Kaufpreis wurden keine Angaben gemacht. Der Bereich soll den Planungen zufolge innerhalb der kommenden sechs Monate vollständig in die LBB integriert werden.

Für die Rückzahlung einer Wandelanleihe setzt die **Allianz SE**, München, erneut Aktien der **Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG** ein. Nach der Abwicklung der Transaktion Mitte Februar dieses Jahres würde sich der Anteil des Allfinanzkonzerns an dem Rückversicherer nach zuletzt 4,5 auf rund zwei Prozent verringern. Die genaue Anzahl der Münchener-Rück-Aktien, mit denen der verbleibende Teil der Anleihe getilgt wird, richtet sich nach dem durchschnittlichen Stand des Dax und des Börsenkurses der Aktie des Versicherers während einer 20-tägigen Referenzperiode vom 22. Januar bis 18. Februar dieses Jahres.

Den umgerechnet 1,1 Milliarden Euro teuren Erwerb des Pensionsgeschäfts der spanischen Großbank **Santander** in Lateinamerika hat der niederländische Finanzkonzern **ING** abgeschlossen. Gegenstand der Transaktion waren die Pensionsfonds des spanischen Instituts in Mexiko, Chile, Kolumbien, Uruguay und Argentinien. Mit dem Kauf hat die niederländische Bank das Volumen ihrer Pensionsgelder in der Region nach eigenen Angaben auf 35 Milliarden Euro verdoppelt.

Das Verfahren zum Verkauf ihrer Anteile an der **IKB Deutsche Industriebank AG** (IKB), Düsseldorf, hat die **KfW**, Frankfurt am Main, Mitte Januar dieses Jahres eröffnet. Alle potenziellen Bieter können damit Interessensbekundungen abgeben. Das Frankfurter Institut hält derzeit einen Anteil von 37,8 Prozent an der IKB, der sich nach der zuvor angekündigten Kapitalerhöhung in Höhe von 54 Millionen Euro im Rahmen einer von der Industriebank emittierten Wandelschuldverschreibung auf bis zu 43,4 Prozent erhöhen kann. Die Stiftung Industrieforschung, die mit derzeit 11,8 Prozent der zweitgrößte Anteilseigner der IKB ist, beabsichtigt, ihren Anteil im Rahmen des Verkaufsprozesses mit zu veräußern.

Parallel dazu hat die **Bundesregierung** die Hilfen für die angeschlagene Mittelstandsbank **IKB** in Milliardenhöhe der Brüsseler EU-Kommission offiziell zur Prüfung vorgelegt. Von deren Einstufung des Maßnahmenpakets als Rettungs- oder als Umstrukturierungshilfe hängt ab, ob die IKB als Kompensation für den Erhalt der Gelder bis zu 30 Prozent ihres Geschäfts (gemessen an der Bilanzsumme) abgeben muss.

Eine Kooperation in Russland hat der Versicherungskonzern **Talanx AG**, Hannover, mit der **Citibank** gestartet. Letztere unterhält in dem Land ein eigenes Filialnetz. Die von Talanx in Moskau gegründete **Civ Life** soll exklusiv für die Citibank Produkte entwickeln und über die Filialen der Bank vertreiben. Das Angebot soll zunächst aus Lebens- und Unfallversicherungen bestehen. Das Bancassurance-Geschäft umfasst neben den deutschen Civ Gesellschaften, die ebenfalls mit der Citibank zusammenarbeiten, noch die **PB Versicherungen** als Kooperation mit der **Postbank**, die **Neue Leben** als Kooperation mit mehreren **Spar-kassen** sowie die ungarischen **Magyar Posta Versicherungen**.

Den seit Juni 2007 erarbeiteten freiwilligen **Verhaltenskodex** hat eine Gruppe von führenden **Hedgefonds** nunmehr verabschiedet. Die vom früheren Vizegouverneur der Bank of England, Andrew Large, geleitete **Hedge Fund Working Group** legt in diesem Rahmen eine Reihe von Transparenz- und Governance-Standards vor, die zu mehr Offenlegung gegenüber Investoren und verbesserter Marktdisziplin sowie zur Einhaltung von Verhaltensregeln in der Aktionärsrolle führen soll.